

Patente gegen Patienten

Fünf Jahre nach der Doha-Erklärung

Vor fünf Jahren haben die Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO) eine Ministererklärung über die Bestimmungen zum geistigen Eigentum unterzeichnet. Damit sollte sichergestellt werden, dass die Bemühungen von Entwicklungsländern, die öffentliche Gesundheit zu schützen, nicht länger behindert würden. Allerdings hat sich seitdem wenig geändert. Patentierte Medikamente sind weiterhin zu teuer für die Ärmsten der Welt. Noch immer behindern Handelsregeln den Zugang zu erschwinglichen Varianten patentierter Medikamente (Generika) erheblich. Schwere und lebensbedrohliche Krankheiten breiten sich in armen Ländern immer stärker aus, aber die Medikamente sind schlichtweg nicht verfügbar. Dringendes Handeln ist geboten.

Zusammenfassung

Krankheiten und schlechte Gesundheit haben weiterhin verheerende Folgen für die Armen auf der ganzen Welt. Im Jahr 2005 gab es etwa vier Millionen HIV-Neuinfektionen. Infektionskrankheiten fordern nach wie vor Millionen von Menschenleben in Entwicklungsländern. Aber auch nicht-ansteckende Krankheiten, wie Krebs und Diabetes, – eigentlich als die „Last der Reichen“ angesehen – haben sich in den Entwicklungsländern rasant ausgebreitet; und Pandemien wie die Vogelgrippe sind für Menschen in reichen wie in armen Ländern eine ernsthafte Bedrohung.

Für Patienten in armen Ländern, die unverhältnismäßig stark von Krankheiten betroffen sind, ist der Zugang zu erschwinglichen und hochwertigen Medikamenten entscheidend. Die meisten Armen bezahlen ihre Medikamente aus der eigenen Tasche. Sogar minimale Preiserhöhungen bedeuten also, dass sie sich lebensrettende Medikamente nicht leisten können.

Während der späten 1990er Jahre wuchs bei Regierungsvertreter/innen in Entwicklungsländern und bei zivilgesellschaftlichen Gruppen die Sorge darüber, dass Regelwerke zum geistigen Eigentum, die durch das WTO-Abkommen über handelsbezogene Aspekte geistiger Eigentumsrechte (TRIPS) eingeführt wurden, den Zugang zu Medikamenten erschweren könnten. Bestimmungen über geistiges Eigentum schaffen Monopole für Medikamente, die von multinationalen Pharmaunternehmen verkauft werden, und halten damit preiswertere Generika, die die Gesundheitskosten nachhaltig senken können, vom Markt fern.

Gestützt von zunehmender öffentlicher Empörung forderten Regierungen der Entwicklungsländer, dass sich die WTO in ihrer neuen Welthandelsrunde mit diesem entscheidenden Thema befasse. In der Folge verabschiedeten die WTO-Mitglieder am 14. November 2001 einstimmig die „Doha-Erklärung über das TRIPS-Abkommen und die öffentliche Gesundheit“ und stellten damit fest, dass rechtliche Bestimmungen über geistiges Eigentum kein Land daran hindern sollten, die öffentliche Gesundheit zu schützen. Die Erklärung bekräftigte, dass Entwicklungsländer Schutzmaßnahmen im Sinne der öffentlichen Gesundheit umsetzen dürften, um durch den Wettbewerb durch Generika Preissenkungen zu ermöglichen. Darüber hinaus wies die Deklaration die Mitgliedsstaaten an, den Zugang zu Generika für Länder zu erleichtern, die eine unzureichende oder keine eigene Kapazität zur Produktion von Medikamenten haben. Diese Maßnahme wird als „Paragraph-6-Lösung zur öffentlichen Gesundheit“ bezeichnet.

Allerdings haben die reichen Länder seit 2001 ihre Versprechen nicht eingelöst. Am einen Ende des Spektrums stehen hier Apathie und Untätigkeit, am anderen Ende hartnäckige Entschlossenheit, den Geist und die Absicht der Erklärung zu untergraben. Auf Drängen der Pharmaindustrie versuchen vor allem die USA, in Entwicklungsländern immer restriktivere Regeln zum geistigen Eigentum durchzusetzen.

Die USA haben zahlreiche bilaterale und regionale Freihandelsabkommen (FTAs) verhandelt, die sogenannte "TRIPS-plus"-Bestimmungen zum geistigen Eigentums vorschreiben und die die Ausnahmeregelungen zugunsten der öffentlichen Gesundheit, die TRIPS eigentlich ermöglicht, schwächen oder beseitigen. So genießen patentierte Medikamente einen umfangreicheren geistigen Eigentumsschutz, als TRIPS verlangt und verzögern damit die Verfügbarkeit erschwinglicher Generika. Ebenso haben die USA Länder unter Druck gesetzt, stärkeren Patentschutz zu gewähren, indem sie Handelssanktionen androhten oder diesen im Rahmen des WTO-Beitritts einforderten.

Während andere reiche Länder, insbesondere die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, selbst keine TRIPS-plus-Politik verfolgen, hat doch ihre Untätigkeit den USA den Raum gelassen, armen Ländern strengere Bestimmungen zum geistigen Eigentum aufzuzwingen. Diese Apathie stimmt nicht mit den Verpflichtungen der EU unter der Doha-Erklärung überein, aber sie überrascht nicht: denn Pharmakonzerne in der EU profitieren von den TRIPS-plus-Vereinbarungen, die die Entwicklungsländer in ihrer nationalen Gesetzgebung umsetzen müssen, um ihre Verpflichtungen gegenüber den USA zu erfüllen.

Die "Paragraph-6-Lösung zur öffentlichen Gesundheit" hat die Belieferung armer Länder, die selbst keine oder nur unzureichende Möglichkeiten zur Herstellung von Medikamenten haben, mit erschwinglichen Generika nicht erleichtert. Die Kompromisslosigkeit reicher Länder während der Verhandlungen hat Barrieren geschaffen, die die "Paragraph-6-Lösung" beinahe undurchführbar machen, und diese Länder treiben den Umsetzungsprozess keineswegs energisch voran. Kanada, das als erstes Land die "Paragraph-6-Lösung" umgesetzt hat, hat sie noch weiter verkompliziert. Die USA haben bisher kein Gesetz dazu verabschiedet und die EU hat erst Mitte 2006 Regelungen zu ihrer Implementierung erlassen.

Die Pharmaindustrie hat von der US-amerikanischen Handelspolitik deutlich profitiert, denn diese spiegelt die Prioritäten der Pharmaindustrie wider, indem sie darauf abzielt, die TRIPS-Ausnahmemöglichkeiten zu eliminieren oder abzuschwächen, um Monopole auf Medikamente auszuweiten. Die Industrie verfolgt TRIPS-plus-Regeln auch in Entwicklungsländern, die nicht verpflichtet sind, ein höheres Schutzniveau für geistiges Eigentum zu implementieren. Nachdem die Pharmaindustrie die US-Regierung erfolgreich dazu gebracht hat, den Entwicklungsländern diese strengeren Regeln aufzuzwingen, verfolgt sie jetzt aktiv deren Durchsetzung, unter anderem durch die Androhung von Handelssanktionen.

Dies ist der Fall auf den Philippinen und in Indien, die keine TRIPS-plus-Handelsabkommen unterzeichnet haben und daher nur zur Umsetzung von weniger strengen TRIPS-Standards zum Schutz geistigen Eigentums verpflichtet sind. Dennoch ficht der Pharmakonzern Pfizer das Recht der philippinischen Regierung an, TRIPS-Schutzmaßnahmen anzuwenden. Pfizer möchte nämlich sein Monopol auf das Bluthochdruckmittel Norvasc ausweiten. Das Pharmaunternehmen Novartis – obwohl es einige Anstrengungen für einen besseren Zugang zu Medikamenten in Entwicklungsländern unternommen hat – ficht dennoch Schutzmaßnahmen für die öffentliche Gesundheit im indischen Patentrecht an. Novartis hat außerdem einen Rechtsstreit angestrengt, um das Patent für das Krebsmittel Glivec durchzusetzen. Generika wären zu einem Zehntel des Preises von Glivec verfügbar.

Trotz des Drucks der Industrie und der reichen Länder haben viele Entwicklungsländer – dank politischen Willens und der Unterstützung von schlagkräftigen zivilgesellschaftlichen Gruppen – erfolgreich TRIPS-Ausnahmeregelungen zur Gesundheitsversorgung angewendet. Kenia hat 2001 ein Gesetz zum geistigen Eigentum eingeführt, das die Preise für HIV-Medikamente drastisch reduziert hat. In Indien haben zivilgesellschaftliche Gruppen dabei geholfen, Schutzmaßnahmen einzuführen, die eine weitere Verfügbarkeit von Generika sicherten, die für Millionen arme Menschen in Indien und anderen Entwicklungsländern überlebensnotwendig sind.

Leider haben einige Länder, die früher TRIPS-Ausnahmeregelungen angewandt haben, diese Politik eingestellt. Malaysia hat früher den Preis von antiretroviralen Medikamenten durch die Anwendung von Zwangslizenzen gesenkt (diese ermöglichen einer Regierung, ein Patent zeitweise außer Kraft zu setzen und die Herstellung generischer Kopien zu gestatten). Heute hat das Land aufgehört, die hohen Preise der Pharmakonzerne anzufechten. Länder wie Kenia und Indien, die zu ihren Absichten stehen, werden von außen unter Druck gesetzt.

Am fünften Jahrestag der Doha-Erklärung ist es dringend notwendig, den Geist, der die Erklärung hervorbrachte, wieder zu beleben. Das schändliche Verhalten der reichen Länder und der Pharmaindustrie ist für zivilgesellschaftliche Gruppen und Regierungen der Entwicklungsländer nach wie vor äußerst besorgniserregend. Um armen Menschen zukünftig den Zugang zu preiswerten Medikamenten zu sichern, stellt Oxfam die folgenden Forderungen auf:

- Fünf Jahre nach der Verabschiedung der Doha-Erklärung sollte die WTO dringend die Auswirkungen des TRIPS-Abkommens auf die Bezahlbarkeit und Verfügbarkeit von Medikamenten in Entwicklungsländern kritisch überprüfen. Diese Überprüfung sollte durch unabhängige Studien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und anderer relevanter internationaler Organisationen unterstützt werden und in Konsultation mit Regierungen und der Zivilgesellschaft stattfinden.
- Die USA müssen aufhören, Entwicklungsländern "TRIPS-plus"-Regelungen zum geistigen Eigentum aufzuzwingen, sei es mittels bilateraler oder regionaler Handelsabkommen, der Androhung von Handelssanktionen oder der Beitrittsanforderungen der WTO.
- Die G8-Länder sollten die armen Länder technisch, politisch und wirtschaftlich unterstützen, TRIPS-Ausnahmeregelungen in Kraft zu setzen und sich TRIPS-plus-Regeln zu widersetzen. Um sicherzustellen, dass Bestimmungen zum geistigen Eigentum die Interessen und Bedürfnisse der armen Länder berücksichtigen, sollten die G8-Länder die Wiederaufnahme von diesbezüglichen WTO-Verhandlungen anregen. Weiterhin sollten diese Länder dafür sorgen, dass die "Paragraph-6-Lösung" (die Produzentenländern erlaubt, generische Versionen patentierter Medikamente in Entwicklungsländer zu exportieren, die selbst nur über unzureichende oder keine Herstellungskapazität verfügen) umsetzbar gemacht wird.
- Die reichen Länder sollten die "Paragraph-6-Lösung" in ihrer eigenen nationalen Gesetzgebung berücksichtigen und die armen Länder

technisch, politisch und wirtschaftlich unterstützen, TRIPS-Ausnahmeregelungen anzuwenden und sich TRIPS-plus-Regeln zu widersetzen.

- Entwicklungsländer, inklusive Indien, China, Brasilien und Südafrika, sollten sich TRIPS-plus-Regeln in Freihandelsabkommen widersetzen und deren Einführung in nationales Recht verhindern. Vielmehr sollten sie sich die TRIPS-Ausnahmeregelungen vollkommen zunutze machen, um die Produktion von generischen Medikamenten für den eigenen Bedarf und für den Export in andere Entwicklungsländer sicherzustellen.
- Die Pharmaindustrie muss ihre Lobbyarbeit beenden, die die Regierungen der reichen Länder dazu bringen soll, weltweit strengere Bestimmungen zum geistigen Eigentum durchzusetzen. Außerdem darf die Pharmaindustrie keinen Druck mehr auf arme Länder ausüben, härtere Bestimmungen zum geistigen Eigentum einzuführen, die die öffentliche Gesundheit unterminieren.
- UNO-Sonderorganisationen wie UNCTAD, WIPO und WHO sollten armen Ländern unabhängige technische Unterstützung gewähren, damit diese die TRIPS-Ausnahmeregelungen nutzen können.

© Oxfam International, November 2006

Dieses Dokument wurde von Rohit Malpani und Mohga Kamal-Yanni verfasst. Wir danken Raquel Gomes, Jennifer Brant, Stephanie Burgos, Gawain Kripke, Helena Vines Fiestas, Elizabeth Wabuge, Gopa Kumar und Ruth Mayne für ihre Kommentare sowie Sandra Lustig für die deutsche Übersetzung. Dieses Dokument ist Teil einer Reihe von Veröffentlichungen, die die Öffentlichkeit über entwicklungspolitische und humanitäre Themen informiert.

Der Text kann für Kampagnen-, Bildungs- und Forschungszwecke unentgeltlich genutzt werden, sofern die vollständige Quelle angegeben wird. Der Inhaber des Urheberrechts bittet darum, dass ihm sämtliche derartige Nutzungen für Zwecke der Auswertung gemeldet werden. Für die Vervielfältigung unter sonstigen Umständen oder für die Wiederverwendung in anderen Veröffentlichungen oder für die Übersetzung oder Bearbeitung ist unsere vorherige Zustimmung erforderlich, und es können Gebühren anfallen. Senden Sie eine E-mail an: publish@oxfam.org.uk.

Für weitere Informationen über die in diesem Papier behandelten Themen senden Sie bitte eine E-mail an: advocacy@oxfaminternational.org oder besuchen Sie www.maketradefair.com.

Oxfam International ist ein Zusammenschluss von 13 Organisationen, die in über 100 Ländern zusammenarbeiten, um dauerhafte Lösungen gegen Armut und Ungerechtigkeit zu finden: Oxfam America, Oxfam Australia, Oxfam Canada, Oxfam France – Agir Ici, Oxfam Deutschland, Oxfam Great Britain, Oxfam Hong Kong, Intermón Oxfam (Spanien), Oxfam Ireland, Oxfam New Zealand, Novib Oxfam Netherlands, Oxfam Solidarité (Belgien) und Oxfam Quebec. Wenn Sie weitere Informationen wünschen, schreiben Sie bitte oder rufen Sie diese Organisationen an oder besuchen Sie die Website www.oxfam.org.

<p>Oxfam America 226 Causeway Street, Floor 5, Boston, MA 02114-2206, USA Tel: +1.617.482.1211 E-mail: info@oxfamamerica.org www.oxfamamerica.org</p>	<p>Oxfam Hong Kong 17/fl., China United Centre, 28 Marble Road, North Point, Hong Kong Tel: +852.2520.2525 E-mail: info@oxfam.org.hk www.oxfam.org.hk</p>
<p>Oxfam Australia 156 George St., Fitzroy, Victoria 3065, Australia Tel: +61.3.9289.9444 E-mail: enquire@oxfam.org.au www.oxfam.org.au</p>	<p>Intermón Oxfam (Spain) Roger de Llúria 15, 08010, Barcelona, Spain Tel: +34.902.330.331 E-mail: info@intermonoxfam.org www.intermonoxfam.org</p>
<p>Oxfam-in-Belgium Rue des Quatre Vents 60, 1080 Brussels, Belgium Tel: +32.2.501.6700 E-mail: oxfamsol@oxfamsol.be www.oxfamsol.be</p>	<p>Oxfam Ireland Dublin Office, 9 Burgh Quay, Dublin 2, Ireland Tel: +353.1.672.7662 Belfast Office, 115 North St, Belfast BT1 1ND, UK Tel: +44.28.9023.0220 E-mail : communications@oxfamireland.org www.oxfamireland.org</p>
<p>Oxfam Canada 250 City Centre Ave, Suite 400, Ottawa, Ontario, K1R 6K7, Canada Tel: +1.613.237.5236 E-mail: info@oxfam.ca www.oxfam.ca</p>	<p>Oxfam New Zealand PO Box 68357, Auckland 1032, New Zealand Tel: +64.9.355.6500 (Toll-free 0800 400 666) E-mail: oxfam@oxfam.org.nz www.oxfam.org.nz</p>
<p>Oxfam France - Agir ici 104 rue Oberkampf, 75011 Paris, France Tel: + 33 1 56 98 24 40. E-mail: info@oxfamfrance.org www.oxfamfrance.org</p>	<p>Oxfam Novib (Netherlands) Mauritskade 9, Postbus 30919, 2500 GX, The Hague, The Netherlands Tel: +31.70.342.1621 E-mail: info@oxfamnovib.nl www.oxfamnovib.nl</p>
<p>Oxfam Germany Greifswalder Str. 33a, 10405 Berlin, Germany Tel: +49.30.428.50621 E-mail: info@oxfam.de www.oxfam.de</p>	<p>Oxfam Québec 2330 rue Notre Dame Ouest, bureau 200, Montréal, Quebec, H3J 2Y2, Canada Tel: +1.514.937.1614 E-mail: info@oxfam.qc.ca www.oxfam.qc.ca</p>
<p>Oxfam GB Oxfam House, John Smith Drive, Cowley, Oxford, OX4 2JY, UK Tel: +44 (0)1865.473727 E-mail: enquiries@oxfam.org.uk www.oxfam.org.uk</p>	

Oxfam International (Sekretariat): Suite 20, 266 Banbury Road, Oxford, OX2 7DL, UK
Tel: +44.(0)1865.339100. E-mail: information@oxfaminternational.org. Website:
www.oxfam.org

Büros von Oxfam International: E-mail: advocacy@oxfaminternational.org

Washington: 1112 16th St., NW, Ste. 600, Washington, DC 20036, USA Tel:
+1.202.496.1170.

Brüssel: 22 rue de Commerce, 1000 Brussels, Belgium Tel: +322.502.0391.

Genf: 15 rue des Savoises, 1205 Geneva, Switzerland Tel: +41.22.321.2371.

New York: 355 Lexington Avenue, 3rd Floor, New York, NY 10017, USA Tel:
+1.212.687.2091.

Mit Oxfam verbundene Organisationen:

Oxfam Japan Maruko bldg. 2F, 1-20-6, Higashi-Ueno, Taito-ku, Tokyo 110-0015, Japan
Tel: + 81.3.3834.1556. E-mail: info@oxfam.jp Website: www.oxfam.jp

Oxfam India B55, First Floor, Shivalik, New Delhi, 1100-17, India
Tel: + 91.11.26693 763. E-mail: info@oxfamint.org.in Website: www.oxfamint.org.in

Beobachtendes Mitglied von Oxfam International:

Fundación Rostros y Voces (México) Alabama No. 105 (esquina con Missouri), Col.
Nápoles, C.P. 03810 México, D.F.

Tel/Fax: + 52 55 687 3002. E-mail: comunicacion@rostrosyvoces.org

Website: www.rostrosyvoces.org